

Peer Steinbrück

Rede

„Europa: Perspektiven für Frieden und Sicherheit“

*Auf der Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion
am 13.3.2013*

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

Frieden und Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeit – weder in Europa, noch sonstwo auf der Welt. Frieden und Sicherheit sind immer wieder neu zu gewährleisten. Diese Aufgabe endet nie.

Ich gehöre der ersten Generation meiner Familie an, die nicht auf den Schlachtfeldern dieses Kontinents verheiratet wurden.

Aufgewachsen bin ich im zerstörten Hamburg, das wie so viele andere Orte in ganz Europa und darüber hinaus einen ungeheuren Blutzoll leisten musste. Für mich sind Krieg und seine Folgen keine theoretischen Konstrukte, kein fernes Geschehen. Ich habe seine Folgen täglich vor Augen gehabt.

Das allein erklärt schon meinen persönlichen Antrieb, mich für ein starkes, gemeinsames Europa einzusetzen.

Aber ich kann nicht erwarten, dass es gerade jüngeren Menschen ähnlich geht. Für sie ist Frieden in Europa selbstverständlich. Erstaunlicherweise trotz aller Kriege um uns herum. Dabei stehen europäische Truppen am Horn von Afrika und in Afghanistan, und - auch deutsche Soldaten fallen. Das wird viel zu sehr vergessen. Bis Januar 2013 kamen allein in Afghanistan 3.257 Koalitionssoldaten zu Tode und ungezählte Afghanen, darunter viele Zivilisten. Unter den Opfern waren auch 53 Soldaten der Bundeswehr und drei deutsche Polizisten. Insgesamt sind seit den 90er Jahren 100 Bundeswehrangehörige bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen. Unser Land schuldet ihnen viel.

Ist Frieden also wirklich so selbstverständlich? Nein, ist er nicht – noch nicht einmal in Europa.

Die Kriege auf dem Balkan sind noch nicht lange her. Zwischen 1991 und 1999 ging die Zahl der Toten weit über 100.000 hinaus. Das geschah nicht in fernen Ländern, sondern auf dem Balkan, auf europäischem Boden.

Ich glaube, es ist nicht zu kühn zu behaupten: wenn damals die europäische Integration schon weiter gewesen wäre, hätte dieses grauenhafte Töten verhindert werden können.

Europa ist nach wie vor ein Friedensprojekt von unglaublicher Dimension - das Jahrhunderte lange Erbfeindschaften, mörderischen Nationalismus und den Kalten Krieg zwischen Ost und West überwunden hat.

Und wenn wir nun berechtigt hoffen können, dass nicht nur unsere Generation, sondern auch unsere Kinder und Enkel von Krieg verschont bleiben – dann ist auch das der europäischen Einigung zu verdanken.

Deshalb war die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union nicht nur ein großer emotionaler Moment, sondern auch hoch verdient.

Die einzige zweifelnde Frage, die sich daran anknüpft, ist nicht, warum die EU diese Auszeichnung verdient hat. Sondern: warum gerade jetzt?

Gelegentlich ist bei solcherart Auszeichnungen zu hören: „falscher Preis zur falschen Zeit“. Was Europa angeht, sind die historischen Verdienste unbestritten. Aber auch der Zeitpunkt ist meines Erachtens genau der richtige. Ich würde daher sagen: „Richtiger Preis zur richtigen Zeit“.

Denn gerade jetzt, mehr als noch vor fünf oder zehn Jahren, braucht Europa den Ansporn, seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden. Gerade jetzt müssen wir aufpassen, dass der große Traum von einem geeinten, friedlichen Europa nicht zerfällt. Der Alarmsignale gibt es viele:

Zurzeit wird Europa fast ausschließlich mit Krise statt mit Hoffnung verbunden. Seit Jahren wetten Spekulanten auf das Herausbrechen einzelner Mitgliedsstaaten und auf den Zerfall des Euroraums. Die Europäische Union scheint für viele seiner Bürgerinnen und Bürger, für viele Investoren so unattraktiv wie lange nicht. In manchen Ländern wird über den Austritt geredet, wie in Großbritannien. In anderen Ländern, wie der Türkei, sind nur noch 40% der Bevölkerung für einen Beitritt. Und in manchen Ländern wird diskutiert, ob nicht einzelne Länder ausscheiden sollten, wie Griechenland. Das ist alles nicht gut für den inneren Zusammenhalt unseres Europas.

Es fehlt nicht nur an der einigenden politischen Klammer, die lange Jahrzehnte von Frankreich und Deutschland wahrgenommen wurde und die heute so schmerzhaft fehlt. Alarmierend ist vor allem auch die ungleichgewichtige

ökonomische Perspektive. Die von der EU verordnete Krisenmedizin hat viele Staaten noch tiefer in wirtschaftliche Probleme gestürzt. Das hat dazu geführt, dass nicht nur die Staatsschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt immer weiter steigen, sondern sich die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe bewegt. Insbesondere die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit tut mir in der Seele weh. Was für eine Dramatik, wenn rund 50% der Jugendlichen eines Landes, wie etwa in Spanien, ohne Arbeit sind, ohne Perspektiven. Die Internationale Arbeitsorganisation spricht bereits von einer „verlorenen Generation“. Das ist ein Sprengsatz für Europa. Das darf auch hier in Deutschland niemanden ungerührt lassen. Das geht uns direkt an. Wer das nicht so sieht oder fühlt, hat Europa nicht verstanden.

Extrem hohe Arbeitslosigkeit, die Vernichtung ökonomischer Werte und das Umeinandergreifen von Hoffnungslosigkeit ist der Nährboden, der Demokratie gefährdet und damit den inneren und äußeren Frieden brüchig macht. Ist in Europa alles schon dagewesen. Und es findet wieder statt: In Griechenland erhalten die Protestparteien laut Umfragen bereits mehr als 60% der Stimmen. Fast ein Viertel der Griechen fordern gar eine Revolution.

Auch in anderen Ländern steigt das Protestpotential: Populistische, europakritische Kräfte haben überall in Europa Zulauf. Längst hat eine schleichende Renationalisierung begonnen. Das ist eine große Gefahr für Europa. Eine Gefahr, zu der wir Deutsche beitragen, wenn wir Europa nur als Portemonnaie-Projekt sehen, das uns nicht zu viel kosten darf. Vorsicht: es könnte viel mehr kosten, es könnte die Stabilität der Demokratien und in Europa kosten – und damit die inneren Freiheiten auf unserem Kontinent gefährden.

„Demokratie braucht Demokraten“, sagte einst Friedrich Ebert. Ich füge hinzu: Europa braucht Europäer. Und europäische Politik mit Vision.

Natürlich denke ich dabei an Willy Brandt und Egon Bahr mit ihrer mutigen Ostpolitik. Mitten im Kalten Krieg mit ungleich größeren Widerständen als heute, haben sie ihre Idee einer versöhnenden Außen- und Sicherheitspolitik konsequent verfolgt. Einer Politik, die mit all dem brach, was im geteilten Deutschland bis dahin an außenpolitischen Gewissheiten galt. In einer Welt, die sich in zwei Blöcken einmauerte, in der kalte Krieger in Deutschland glaubten, im nationalen Interesse sei allein Abschreckung und Härte gegenüber dem Ostblock. Willy Brandt setzte auf Vertrauen. Und darauf, dass Deutschland ein Volk der guten Nachbarn sein muss. Wie richtig und wichtig das war, wissen wir heute.

Seit Jahrzehnten haben die Völker in Europa gelernt, dass wir Deutschen ein Volk der guten Nachbarn geworden sind. Und ausgerechnet dieses Vertrauen in uns Deutsche geht in den letzten Jahren immer weiter verloren. Im Zuge der

zugegebener Maßen äußerst schwierigen Bewältigung der Krise haben wir Deutschen Vertrauen bei unseren Nachbarn eingebüßt. Immer mehr Menschen zweifeln daran, ob wir wirklich die guten Nachbarn sind, die wir sein wollen. Selbst in Frankreich fallen schon Worte vom industriellen Imperialismus der Deutschen. Und manche fragen, ob wir Deutschen wieder dabei sind, einen Sonderweg zu gehen.

Unser Handeln macht andere nervös, eine von-oben-herab-Attitüde, die nicht partnerschaftlich erscheint, sondern egozentrisch. Wir verlangen unseren Nachbarn und Partnern per Diktat Sparbemühungen ab, die wir selber nie und nimmer bereit wären, selbst zu stemmen. Im Gegenteil. Würden wir auf Deutschland übertragen, was derzeit den Griechen oder den Portugiesen abverlangt wird, dann müssten wir in diesem und im nächsten Jahr 150 Mrd. einsparen. Wer kann sich das vorstellen?

Wir müssen aufpassen, dass wir über die Bewältigung der Krise nicht den inneren Frieden in Europa verlieren. Ich bin mir nicht sicher, ob die Bundesregierung diese Dimension ihrer Verantwortung sieht.

Worauf ich hinaus will, ist: Friedenspolitik fängt zuallererst zu Hause an. Europa wird keine Friedensmacht sein, ohne inneren Frieden. Oder um es etwas poetischer zu sagen: Wenn der Baum von innen morsch ist, wird er keine Früchte tragen.

Das wichtigste in der gegenwärtigen Lage ist, den Menschen in allen europäischen Ländern wieder Hoffnung zu geben. Hoffnung darauf, dass sich Anstrengungen und Fleiß lohnen. Dass es gerecht zugeht. Dass niemand aus der Verantwortung für das Gemeinwohl entlassen wird. Dass all denjenigen geholfen wird, die unverschuldet in Not kommen. Erst wenn uns das gelingt, kommt Europa nicht wieder auf die Beine.

Anrede,
der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski hat uns Deutschen mit auf den Weg gegeben, dass er nicht die deutsche Macht fürchte, sondern wenn Deutschland untätig bliebe.

Untätig sind wir zwar nicht geblieben. Aber ich wegen der einseitigen Betonung des Schuldenabbaus weder einverstanden damit, was gemacht wurde, noch wie es gemacht wurde.

Ich darf Ihnen versprechen, mit einer von mir geführten Bundesregierung gäbe es zunächst einen atmosphärischen Wandel in den europäischen Beziehungen. Die IWF-Chefin Christine Lagarde hat Frau Merkel ermahnt und gefordert, eine „Tugend der entschiedenen Solidarität“ zu verfolgen. Das ist die richtige

Haltung, um auf der einen Seite den Reformwillen der europäischen Staaten zu unterstützen, aber auf der anderen Seite auch nicht die Menschen in den betroffenen Staaten in Hoffnungslosigkeit und Aufruhr zu versetzen. Die Bundesregierung schaut mir zu sehr auf die erste Seite, ich möchte beide Seiten in den Blick nehmen.

Das können wir erreichen mit einer Art Marshallplan für Europa. Wir Deutschen haben es nach dem Zweiten Weltkrieg doch erlebt. Wir hatten damals wahrlich kein Anrecht auf Hilfe - und haben sie mit dem Marshallplan in Westdeutschland doch erhalten. Was ist damals passiert? Wir Deutschen haben uns angestrengt und etwas aus der Hilfe gemacht. Es gab ein Wirtschaftswunder und niemand hat sich zurück gelehnt und gesagt, jetzt haben wir Hilfe bekommen, jetzt reformieren wir unsere Wirtschaft nicht weiter. Wir sollten heute unseren europäischen Nachbarn nicht ständig unterstellen, dass sie sich so verhalten würden und uns ausnutzen wollten. Das stimmt nämlich nicht.

Anrede,

Hilfe zur Selbsthilfe muss begleitet werden durch eine handfeste Regulierung der Finanzmärkte. Wir alle haben schmerzhaft lernen müssen, dass auch Finanzpolitik eine Form von Sicherheitspolitik sein muss. Denn wenn unregulierte Finanzmärkte dafür sorgen, dass Länder in die Krise rutschen, dann führt das zu Destabilisierung und Einschränkung von Freiheit – was auch ein schlechter Nährboden für Frieden ist.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass die Finanzmärkte demokratiekonform sind, statt, dass die Demokratie marktkonform ist - wie es die Kanzlerin gesagt hat. Und wir müssen dafür sorgen, dass Spekulanten nicht länger Staaten in die Krise stürzen können. Dazu gehören das Trennbankensystem, ein von den Banken finanzierter Bankfonds und der Aufbau einer europäischen Ratingagentur. Sie kennen meine Vorschläge, ich brauche sie nicht auszuführen.

Anrede,

wenn wir die weltpolitische Großwetterlage ansehen, wird schnell klar: Alte Gewissheiten sind vorbei. Die USA werden nicht die einzige Weltmacht bleiben. China, Indien, Brasilien und andere Länder werden immer mächtiger. Deutschland ist Vize-Exportweltmeister, aber der politische Einfluss unseres Landes in der Globalisierung schrumpft. Auf Dauer werden wir keinen nennenswerten Einfluss auf die Geschehnisse der Welt haben. Das gilt noch mehr für die kleineren europäischen Länder.

Deshalb wird nur ein Europa, das alle seine Kräfte bündelt, erfolgreich sein. Aus rein wirtschaftlicher Sicht haben wir das erkannt und gehandelt: Mit europäischem Binnenmarkt, Zollunion und gemeinsamer Währung.

Auch aus außenpolitischer Sicht haben wir das erkannt, aber eher weniger gehandelt. Wir haben mit Lady Ashton eine Hohe Vertreterin für Außenpolitik; wir bauen gerade einen Europäischen Auswärtigen Dienst auf; wir haben eine Europäische Verteidigungsagentur. Aber die europäische Außenpolitik ist noch immer ein amorphes Werk, an dem 27 Hauptstädte, der Europäische Rat und die Europäische Kommission gleichzeitig versuchen, Tonlage und Melodie vorzugeben. Das Ergebnis klingt nicht harmonisch.

Wenn Europa außenpolitisch auch in Zukunft gehört werden will, wenn wir unsere Vorstellung von Frieden und Freiheit in der ganzen Welt vermitteln wollen, dann müssen wir diese Dissonanz abstellen. Aus meiner Sicht führt kein Weg daran vorbei, dazu die Außen- und Sicherheitspolitik schrittweise zu vergemeinschaften.

Die USA werden sich sicherheitspolitisch weiter aus Europa zurückziehen. Ihr Fokus wandert vom Atlantik zum Pazifik. Amerikanische Soldaten verlassen das deutsche Baumholder und Grafenwöhr. Im australischen Darwin wird ein neuer US-Stützpunkt aufgebaut. Das kam nicht ohne Ankündigung. Bereits vor Jahren haben die USA uns Europäer zu mehr sicherheitspolitischer und militärischer Eigenständigkeit ermahnt. Und ob die USA auch weiterhin fast drei Viertel des NATO-Budgets finanzieren, obwohl sie in den nächsten Jahren in ihrem Verteidigungshaushalt rund 600 Milliarden US-Dollar einsparen müssen, ist fraglich.

Daraus folgt: Europa muss seine Kräfte konzentrieren, um das sicherheitspolitische Loch zu füllen. Im Rahmen des transatlantischen Bündnisses müssen wir lernen, sicherheitspolitisch mehr auf eigenen Beinen zu stehen.

Beispiele dafür, dass die Anforderungen an Europa steigen, sind die Einsätze in Libyen und Mali. Gerade diese Einsätze zeigen, was in Deutschland noch fehlt: außen- und sicherheitspolitische Vorausschau und aktive Begleitung. In Deutschland wurde die sich abzeichnende Entwicklung zu lange verschlafen. Eines Nachts stand man vor der Entscheidung und musste schnell handeln. Gute Außenpolitik hätte Wochen vorher begonnen, einen gemeinsamen Ansatz zu entwickeln. Auf eigenen Beinen stehen heißt eben auch: Sich selbst als potentiellen Akteur zu verstehen und sich nicht treiben zu lassen von den Entwicklungen in der internationalen Politik. Das vermisse ich sehr von der Bundeskanzlerin und ihrem Außenminister.

Gerade wir Deutschen haben profitiert vom Ende des Kalten Krieges. Daraus erwächst Verantwortung, an der Errichtung einer neuen Weltordnung mitzuarbeiten und Europas Rolle darin zu bestimmen. Diesem Anspruch wird

Deutschland gegenwärtig nicht gerecht. Wir bleiben hinter unseren Möglichkeiten zurück.

Dazu passt leider, dass die Bundesregierung die Bundeswehr gerade umbaut, als wenn es kein Europa gäbe. Es ist geradezu absurd: Die europäischen Regierungen kürzen die Mittel für Verteidigung, planen aus Gründen der Kosten und der Effizienz „pooling und sharing“ von militärischen Fähigkeiten über Ländergrenzen hinweg. Aber die deutsche Bundeswehr wird rein nach nationalstaatlichen Kriterien umgebaut. Welch verpasste Chance. Welch fatales Signal. Ausgerechnet Deutschland guckt nicht über seinen Tellerrand hinaus.

Statt unser eigenes Süppchen zu kochen, brauchen wir Impulse, um diesem großen Ziel näher zu kommen.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns das Projekt einer europäischen Armee nicht weiter auf die lange Bank schieben. Die Amerikaner haben eine Luftwaffe, eine Armee, eine Marine. Wir in Europa haben jeweils 27 davon. Welch Verschwendung.

Es ist doch völlig ineffektiv, wenn alle EU-Länder militärisch alles bereitstellen müssten, was es zur Verteidigung und Krisenbewältigung braucht. Dafür fehlen die Ressourcen, die Finanzen und dafür fehlt in der Schicksalsgemeinschaft Europäischen Union auch die Notwendigkeit. Pooling und Sharing ist das Gebot der Stunde. Das sollten wir mutig weiter denken.

Eine Europäische Armee erreichen wir nicht in einem Sprung. Aber es wäre ein guter Anfang, wenn einige Staaten gemeinsam vorangingen. Bei Schengen haben wir es ja auch so gemacht. Die Bundesregierung hat diesen Gedanken bei ihrer verfehlten Bundeswehrreform sträflich vernachlässigt. „Breite vor Tiefe“ heißt das Mantra von Verteidigungsminister de Maiziere. Deutschland soll also weiterhin alles können. So sagte es auch die Bundeskanzlerin den Generalen und Admiralen auf der Kommandeurs-Tagung im vergangenen Jahr.

Sobald die SPD die Regierung anführt, werden wir diesen Kurs ändern. Als Mann der Küste denke ich zum Beispiel an eine europäische Zusammenarbeit bei der Marine. Auf deutschen Schiffen fehlt mittlerweile fast ein Viertel der Besatzung. Der Mangel an Spezialisten beträgt sogar über 40 Prozent (nachzulesen im Bericht des Wehrbeauftragten). Die Belastung für die übrigen Soldaten ist immens und die Stimmung in der Truppe entsprechend schlecht. Wie viel besser wäre es doch, wenn sich Deutschland mit seinen Anrainern an Nord- und Ostsee zusammen tun würden, um gemeinsam eine Marine zu betreiben. Das wäre ein praktischer Schritt hin zu einer europäischen Armee. Und mithin ein Schritt zu dem, worum es insgesamt geht: Einem Europa als Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität.

Was aber nicht geht, sind die Versuche der Bundesregierung mit dem Verweis auf die notwendige engere europäische Zusammenarbeit, den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestages auszuhöhlen. Das wird es mit der SPD nicht geben.

Eine von mir geführte Bundesregierung wird darüber hinaus mit der gegenwärtigen Praxis der Rüstungsexporte der Bundesregierung brechen.

Ich schätze den Bundesverteidigungsminister, Herrn DeMaiziere. Aber seine Sicherheitsdoktrin, Golfstaaten wegen der Bedrohung aus dem Iran aufzurüsten, lehne ich vollständig ab. Den Export von Waffen in Krisenregionen damit zu legitimieren, dass diese dort für mehr Stabilität sorgen würden, ist das genaue Gegenteil meiner Haltung in Sicherheitsfragen: Keine Waffenexporte in Krisenregionen und an Länder mit zweifelhafter Menschenrechtsbilanz! Das ist meine klare und unmissverständlich deutliche Haltung – auch hier scheine ich mich von der Bundeskanzlerin zu unterscheiden.

Anrede,
unser friedliches und freiheitliches Europa ist es wert, es nach innen und außen zu verteidigen. Für uns und für alle auf dieser Welt, die nach gelungenen Beispielen für Frieden und Freiheit in ehemals verfeindeten Regionen suchen. Unser Europa ist mehr als ein erfolgreicher Wirtschaftsraum, es steht für einen zivilisatorischen Fortschritt ohne Gleichen. Mit Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Sozialstaatlichkeit, unabhängigen Gerichten, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationenfreiheit, Trennung von Staat und Kirche.

Wir Europäer wollen Freiheit und Wohlstand für alle – nicht nur für die Deutschen oder die Franzosen oder andere – sondern für alle! Das ist die Aufgabe einer modernen Friedens- und Sicherheitspolitik, die auch die ökonomische Dimension versteht, ohne dass sie sich darauf reduzieren lässt.